

(Wirtschaftsminister Schwarz.)

- A) Die Kriegsgesellschaften sind heute noch — ich will mich gelinde ausdrücken — ein notwendiges Übel. Aber sie abzubauen, sie sobald als möglich ihrer Befugnisse zu entkleiden, ist unser eifrigstes Bestreben.

Nur das eine, Herr Abgeordneter Schmidt, ob gerade eine bestimmte Partei berechtigt ist, solche Kritik an den Kriegsgesellschaften zu üben, wie Sie es getan haben, das wage ich zu bezweifeln. In den Kriegsgesellschaften haben zum großen Teil Persönlichkeiten gegessen, die recht innige Beziehungen zur Landwirtschaft gehabt haben.

(Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Zum mindesten sind die Herren der Kriegsgesellschaften nicht auf die Nationen angewiesen gewesen, das glaube ich doch sagen zu können. Sie haben recht gut gewußt, wo Bartel den Most holt, haben ihre Beziehungen ausgenutzt und sind, bildlich gesprochen, dick und fett dabei geworden.

(Zustimmung bei den Unabhängigen.)

Das dürfte bei verschiedenen Persönlichkeiten in den Kriegsgesellschaften auch zutreffen. Wir haben also nichts dagegen und befinden uns in dem Bestreben auf einer Linie, daß die Kriegsgesellschaften sobald als möglich zu verschwinden haben und daß insofern wieder eine Freiheit entstehen muß, die sich natürlich nicht zur Freiheit für einzelne Berufsstände ausbildet.

B)

(Abg. Günther [Blauen]: Zur Verbilligung der Lebensmittel!)

Sehr richtig, zur Verbilligung der Lebensmittel!

Herr Abgeordneter Schmidt! Sie haben nach meinem Dafürhalten eine recht intensive Beamtenfreundlichkeit an den Tag gelegt und den Beamten gesagt, daß sie alle solch arme Teufel seien, die noch lange mit dem niedrigen Gehalt arbeiten mußten, wo die Lebensmittelpreise schon längst angezogen hätten. Auch wir glauben, das unsrige getan zu haben, aber die Beamtenfreundlichkeit wird heute von allen Parteien ohne Unterschied in so aggressiver Form an den Tag gelegt, daß ich manchmal nicht weiß, will man den Beamten helfen oder will man nach außen zur Schau tragen: Auch wir haben ein lebendiges Herz für eure Schmerzen. Den Beamten konnte längst geholfen werden. Ich kann mich nur zu gut erinnern, daß jahrelange parlamentarische Kämpfe notwendig waren, um einer Regierung, die der Partei des Herrn Abgeordneten Schmidt viel näher stand als umgekehrt, das Verständnis beizubringen, daß die Beamten so zu besolden und vor allen Dingen so zu behandeln sind, daß sie sich als Staatsbürger wohlfühlen.

Ein paar Worte zur Vertretung Sachsens auf dem Friedenskongreß oder bei den Friedensverhandlungen. Herr Abgeordneter Schmidt! Sie haben insofern recht, daß die sächsische Industrie verlangen kann, bei den Friedensverhandlungen vertreten zu sein. Nicht die sächsische Industrie, weil sie eine sächsische Industrie ist, sondern weil sie wichtige Teile bestimmter Produktionszweige umfaßt. Wir haben unser möglichstes getan, und sie ist auch mit einigen Herren in Paris vertreten. Nun sagen Sie mir aber, was ist das wichtigste? Ist es die Landwirtschaft, ist es die Metallindustrie, ist es der Buchhandel, sind es die Rauchwaren, oder was ist es sonst? Für uns kam es letzten Endes darauf an, daß es Persönlichkeiten sind, die einen ziemlich scharfen Blick haben, denn, meine Herren, wenn wir heute Fabrikanten, Industrielle, Landwirte oder Buchhändler hinschicken wollten, bloß damit sie hingehen, so nützt uns das verdammt wenig. Es müssen Persönlichkeiten sein, die schon ehemals gute Beziehungen zum Auslande hatten, die also in diesen ganzen Fragen perfekt sind, die nicht erst in Paris selbst oder wo die Friedensverhandlungen stattfinden, ihr Material von auswärts bekommen müssen. Es stimmt also nicht ganz, daß wir uns nicht durchzusetzen vermocht hätten. Nur eins, meine Herren, die ganze Friedenskonferenz oder die Friedensverhandlungen werden mit einem ziemlich beschränkten Kreis von Personen besetzt werden. Es ist nicht möglich, daß da Hunderte von Unterhändlern in Paris sein könnten. Ich will nicht aus der Schule plaudern, glaube aber sagen zu können, daß Deutschland zusätzlich der politischen Vertreter, der Diplomaten, zusätzlich der Vertreter aus Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft in Paris im günstigsten Falle mit 50 Personen vertreten sein wird. Ob nun jeder einzelnen Kategorie Rechnung getragen wird, wie es einzelne wünschen, mag dahingestellt sein.

Herr Abgeordneter Schmidt! Zum Schluß noch eins. Sie sagten, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Natur Verbündete sein müßten, natürliche Verbündete. Hier trennen sich allerdings unsere Anschauungen. Ich glaube doch immerhin, die Literatur über dieses Gebiet etwas verfolgt zu haben, ich habe noch nirgends gefunden, daß Unternehmer und Arbeiter natürliche Verbündete sein sollen. Im Gegenteil, die maßgebenden Faktoren im Unternehmerlager stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Unternehmer und Arbeitnehmer zwei ganz verschiedene Welten sein müssen. Ich stelle mich, ohne dabei die Anschauungen der Unternehmer zum besten zu geben, auf genau denselben Standpunkt. Man muß diese Dinge und diese verschiedensten Fragen von einheitlichen Gesichtspunkten aus behandeln,

D)